

Unter dem Kommando von Strauß

Von Dr. Werner Berthold, Wolfgang Bode, Brigitte Glöckner und Günter Wendel

Mit dem Wiedererleben des deutschen Monopolkapitals in Westdeutschland war auch ein Wiedererleben jener alten Abhängigkeits- und Unterordnungsverhältnisse im Bereiche der Wissenschaft verbunden, wie sie für die Wissenschaft im Nazistat kennzeichnend waren. In den Verwaltungsgremien solcher Spitzeninstitutionen der westdeutschen Wissenschaft wie „Deutscher Verband technischer Wissenschaftlicher Vereine“, „Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte“, „Deutsche Forschungsgemeinschaft“, „Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften“ u. a. nahmen die Herren der Großbanken, der führenden Monopolgruppen Kohleisen-Stahl und besonders der Gruppe Chemie-Elektro ihre ehemaligen bestimmenden Positionen wieder ein, es entstanden wieder die alten „Förderergesellschaften“ der Hochschulen und vor allem der „Stiftverband für die Deutsche Wissenschaft“, Kontinuität in der mehr als 60jährigen Geschichte des deutschen Monopolkapitals, Kontinuität in den Personen, in der Rassen- und Ortlandsidologie, in der Militärideologie und im Antikommunismus sowie auf allen Gebieten der politischen und gesellschaftlichen Demagogie, Kontinuität in der besonderen Aggressivität und in der Vorbereitung terroristischer Verbrechen am deutschen Volk und an der Menschheit, Kontinuität auch in der Beherrschung und im Mißbrauch der Wissenschaft, das sind die Merkmale dieser westdeutschen Entwicklung. Zwar hat die Fassade gewechselt, statt Arktis gibt man sich heute christlich, die Diktatur nennt man heute Demokratie statt Führerprinzip, das Vaterland wurde durch Abendland, europäische Integration und atlantische Union ersetzt. Die offene Unterdrückung der Wissenschaft im Faschismus betreibt man heute auf „klügere“, auf raffiniertere Art, indem man die Fiktion der „Freiheit der deutschen Wissenschaft“ aufrechterhält, die Fortführung der alten wissenschaftsfeindlichen Dirigismus nicht nur fortsetzt, sondern sogar verstärkt.

Bonner Staat unterwirft die Wissenschaft den Monopolen Eine besondere Rolle spielt dabei die Unterordnung der Wissenschaft unter das Profil- und Rüstungsinteresse der Monopole mit Hilfe der staatsmonopolistischen Entwicklung, die wie auf allen Gebieten, auch im Bereiche der westdeutschen Wissenschaft im Vergleich zum Faschismus weiter fortgeschritten ist. Wir fragen die westdeutschen Wissenschaftler: Welche auch nur irgendwie humanitär gearteten Aufgaben hat die „Wissenschaftskommission der NATO“? Waren die Bildung des Bonner Atomministeriums mit dem IG-Farben-Vorstand, der die Spitze der Monopole, Banken und Regierungsvertreter den bestimmenden Einfluß ausübten, etwa keine Maßnahmen zur Unterwerfung der Wissenschaft unter die Monopole mit Hilfe des Bonner Staates? Welche Überlegungen liegen dem Zusammenschluß einiger Fachgesellschaften auf dem Gebiete der Kernforschung, der Raketen- und Luftfahrtforschung, wie er erst kürzlich erfolgte, sowie den Bemühungen um die Bildung eines Bundeswissenschaftsministeriums zugrunde? Handelt es sich nicht in erster Linie um Maßnahmen zur Konzentration der Forschung, zur Schwerpunktbildung auf militärisch besonders wichtigen Gebieten? Werden nicht in zunehmendem Maße, oft verdeckt unter verharmlosenden Bezeichnungen, Forschungseinrichtungen begründet und Forschungsprogramme entwickelt, die für die vorrangige Eriedigung sogenannter „wehrwissenschaftlicher Aufgaben“ bestimmt sind? Oder welches Ziel verfolgen die Straußschen „Hochschul-

gruppen für Wehrkunde“ und die „Studienbeihilfen für den technischen und wissenschaftlichen Nachwuchs der Bundeswehr und Bundeswehrverwaltung“ an den westdeutschen Universitäten und Hochschulen? Liefert nicht auch die Entwicklung der westdeutschen Max-Planck-Gesellschaft ein typisches Beispiel für die im Vergleich zum Faschismus weiter fortgeschrittene staatsmonopolistische Unterwerfung der Wissenschaft? Während zum Beispiel die Vorgängerin dieser großen Forschungseinrichtung, die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, noch in den letzten Kriegsjahren zu 50 Prozent direkt von den Monopolen finanziert wurde, ist dieser Anteil an der Finanzierung der Max-Planck-Gesellschaft auf zwölf Prozent gesunken. Obwohl der Bonner Staat heute also den größten Teil der Mittel für Durchführung der Grundlagenforschung bereitstellt, nehmen die Monopolvertreter nach wie vor die früheren Leitungspositionen in dieser Gesellschaft ein und bestimmen im Verein mit Atomminister Balke, auf welchen Gebieten diese Grundlagenforschung besonders zu fördern ist.

All diese Beispiele beweisen, daß Staat und Monopole die Wissenschaftler in ein Netz von Abhängigkeits- und Unterordnungsverhältnissen verstrickt haben, wie es selbst im Nazistat teilweise noch nicht erreicht war. Der Zweck ist allzu offensichtlich: Es geht um die Beteiligung an der „wissenschaftlichen“ Vorbereitung eines Verbrüdens, von dessen Dimensionen die faschistischen Massenmörder selbst im Jahre 1945 noch kaum zu träumen wagten.

Max-Planck-Gesellschaft - Forschungseinrichtung der reaktionärsten Konzerne

Wenn Adenauer und Strauß heute nicht einfach mehr verstärkte Rüstung, sondern spezifisch nukleare und Raketenwaffen verlangen, dann fordern sie Waffen, deren Basis in der Gruppe der aggressivsten Monopole liegt, so in den IG-Farben-Nachfolgegesellschaften, im AEG- und Siemens-Konzern, im Flick-Konzern, in den Monopolvereinigungen Hanjel, Mannesmann, MAN, Daimler-Benz u. a. sowie ihrer Monopolbank der Deutschen Bank. Dieses Interesse an der Atom- und Raketenrüstung spiegelt sich z. B. unmittelbar wider in der Entwicklung der Max-Planck-Gesellschaft. Noch lange bevor Bonn mit der offiziellen Wiederaufrüstung begann, saß der IG-Mann und ehemalige Wehrwirtschaftsführer Hitlers, Prof. Wurster, im Haushaltsausschuß der Max-Planck-Gesellschaft und bekundete sein besonderes Interesse an der Atomforschung. 1954 wird der inzwischen verstorbene IG-Mann Haberland in den Senat gewählt, 1955 die Herren Abs und Hermann von Siemens. 1956 tritt Hermann Winkhaus (Mannesmann AG) neu in den Senat ein. 1958 rückt Wurster in den Verwaltungsrat der Gesellschaft auf. 1969 werden der dritte IG-Vorsitzende Winnacker, der Bonner Atomminister Balke und der Leiter des Forschungslaboratoriums der Siemens-Schulker-Werke, Trendelenburg in den Senat aufgenommen, Wurster wird zum ersten Vizepräsidenten der Gesellschaft ernannt. 1961 schließlich tritt auch der Vorsitzende der Siemens-Halske-AG, Kerschbaum, in den Senat ein, Hermann Reusch (Hanjel) ist Schatzmeister der Gesellschaft.

Parallel mit dieser personellen Besetzung der Leitungsfunktionen geht die „größtzügige“ Förderung aller Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Atomforschung, Vorhandene und neu errichtete Kernforschungsinstitute werden zu sogenannten Großforschungsinstituten entwickelt, die Industrie und besonders das Atomministe-

rium Balke sind mit bedeutenden Summen an der Finanzierung dieser Industrie beteiligt. 1961 unternahm der westdeutsche Bundespräsident Lübke alle Anstrengungen, um die Forscher der Max-Planck-Gesellschaft auch für die Raketenforschung, getarnt als Weltraumforschung, zu gewinnen.

Militärische Grundlagenforschung im Rahmen der allgemeinen Wissenschaftspflege

Typisch bei all diesen Maßnahmen ist, daß die Grundlagenforschung auf all diesen militärisch wichtigen Gebieten zum großen Teil im Bereich der allgemeinen Wissenschaftspflege betrieben und gefördert wird, das heißt nicht nur in speziellen militärischen Forschungsinstituten bzw. in den großen Forschungslaboratorien der Industrie, und typisch ist auch, daß für die Erforschung dieser naturwissenschaftlichen Grundlagen Forscher herangezogen werden, die mehrfach ihre Weigerung bekunden haben, an der Bonner Atom- und Raketenrüstung in irgendeiner Weise mitzuarbeiten, wie z. B. die 18 Göttinger Atomwissenschaftler. Ist das nicht ein Widerspruch?

Die Antwort auf diese Fragen geben die Vertreter des deutschen Militarismus bereits zu einer Zeit, als von Atom- und Raketenrüstung noch gar keine Rede sein konnte. So ließ es z. B. in dem erwähnten Brief des preußischen Kriegsministeriums vom 4. 11. 1910 über die Fortführung der Gaskriegsarbeiten:

„Das erworbene wissenschaftliche Kapital soll nicht zerstreut und damit seine Fruchtbarkeit verlieren, sondern im öffentlichen Interesse möglichst vollständig ausgenutzt werden. Damit wird zugleich dem Sonderinteresse der Heeresverwaltung am besten gedient sein.“

Und in dem Schreiben des damaligen Generalstabers von Wrisberg an das preu-

siische Kriegsministerium vom 13. 2. 1917 findet sich die bemerkenswerte Äußerung:

„Die Umbildung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie und Elektrochemie (in ein Militärinstitut für Gaskriegsforschung, d. V.) ist eine reine Kriegsmassnahme, die für die weitere Friedensentwicklung kein Vorbild abgibt. Im Frieden finden die rein naturwissenschaftlichen Forschungsaufgaben meines Erachtens auch dann, wenn ihre Lösung im militärischen Interesse gelegen ist, ihre Bearbeitung zweckmäßiger im Rahmen der allgemeinen Wissenschaftspflege als im Bereiche der Heeresverwaltung.“

Und Herr Balke im Jahre 1961: „Man dürfe die Dinge nicht weiter so laufen lassen wie bisher. Der Staat dürfe nicht nur als Geldgeber auftreten. Er müsse heute auch Forderungen an die Wissenschaft stellen. Nach Art. 73/13 GG habe der Bund das Recht und die Pflicht, Förderungsmaßnahmen zu ergreifen... Ein Wissenschaftsministerium soll nach Balke den vorhandenen Institutionen, wie Kultusministerkonferenz, Wissenschaftsrat, Forschungsgemeinschaft, keine Funktion fortnehmen. Man wolle keine Verwaltung im Sinne des Vollzugs, sondern die Selbstverwaltung stärken. Es ginge um die Anpassung der Wissenschaftsförderung an die Formen der Staatsordnung. Man müsse dabei eine Lösung finden, die einen Dirigismus vermeide. Auf der anderen Seite dürfe die Wissenschaft nicht länger in ihrem elfenbeinernen Turm sitzen. Das Endziel müsse die Bildung eines wissenschaftlichen Stabes bei der NATO sein, der die militärischen Belange zu ergänzen habe.“ Balke verlangte weiter die „Aufstellung von geschlossenen Übersichten über Personalien aus dem wissenschaftlichen Bereich (besonders wichtig für die Erklärung des Notstandes).“

1) s. a. O., (Hervorhebung, d. V.)
2) s. a. O., Rep. 92, Nachsch. Schmidt-Ott, B. LXXVI, Nr. 4 (Hervorhebung, d. V.)
3) Handelsblatt - Deutsche Wirtschaftszeitung v. 24. 10. 1961 (Hervorhebung, d. V.)



Die „Deutsche Soldatenzeitung“: „Unbestritten waren und sind die farbenprägenden, vor allem die schlagenden Verbindungen Träger nationaler Überlieferungen und Überzeugungen, und aus diesen Grunde bei jenen verhaßt, die gegen die Pflege nationaler Überlieferungen und Überzeugungen sind.“ Konservierung des Militarismus, das ist ihre Traditionspflege, ihre antinationale Konzeption: „Die Geschichte lehrt, daß eine große Zahl aktiver (und ehemaliger) Mensurstudenten hervorragend tapfere Soldaten waren.“

So fälschen sie die deutsche Geschichte

„Wissenschaftliche Rechtfertigung imperialistischer Kriegspolitik - eine Tradition, an die Bonn anknüpft“

... Dem Beispiel seiner Verfahren von 1945 folgend, setzte auch jetzt das Bürgerlich-wissenschaftliche und politische Qualitätsniveau gleich: in heissen Scharen drängte es sich überall zu den Kundgebungen, in denen berühmte Gelehrte das Wort ergrißen, um ein Geschehen zu deuten, über dessen Ursprung und erst recht über dessen Ziel weitest Unklarheit herrschte... (Seite 606.)

Allerdings sieht die Wirklichkeit etwas anders aus. So konnte gerade im Januar 1942 die Sozialdemokratie ihren größten Wahlsieg vor dem ersten Weltkrieg feiern, als sie durch die Stimmen von 4,2 Millionen Wählern mit 110 Abgeordneten die weitaus stärkste Fraktion in den Reichstag einzog. (Vgl. Fritz Klein, Deutschland 1897 bis 1917, Berlin 1961.)

Wenn Schwabe zu jenen „Gebildeten“ solche Leute wie Haller, Spahn, Tirpitz, Mejncke, Dellbrück, Troetsch u. a. rechnet, dann geht ihm ihm recht; Sie waren Lakaien des Monopolkapitals. Die von ihnen verkörperten Traditionen werden heute von Rothfels, Ritter u. a. in Westdeutschland fortgesetzt. Schwabe identifiziert sich mit den Auffassungen der damaligen „Gelehrten“ und formuliert, Deutschland sollte „Besitzer aller noch unerschlossenen Staaten“ werden, „modern ausgedrückt... zu einer dritten Kraft zwischen den Großmächten werden“. (Ebenda, siehe auch Fr. Klein, a. a. O., S. 315 ff.)

Unter diesem Gesichtspunkt bemüht sich Schwabe krampfhaft, die Rolle dieses Teils der deutschen Professorenschaft (Schwabe selbst sieht sich gezwungen, die Naturwis-

senschaftler auszuklammern) mit dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit zu umkleiden. Allerdings sieht sich Schwabe zunächst genötigt, festzustellen:

„Auch über die Mittel, mit denen Deutschland diese Stellung erringen und behaupten sollte, gab es im Prinzip keine Meinungsverschiedenheit: Es brauchte einen ungehinderten Zugang zu allen Meeren und uneingeschränkte Expansionsmöglichkeiten für seinen Handel...“ (Seite 608.)

Das aber war und ist das Programm der deutschen Reaktion, jener Junker, Monopolisten und Generale, die bei der Neuaufteilung der Weltmärkte sich einen „Platz an der Sonne“ holen wollten und es heute wiederum versuchen.

Die Oktoberrevolution jedoch leitete die allgemeine Krise des Kapitalismus ein; das heißt, alle Pläne des internationalen und auch deutschen Imperialismus mußten sich letztlich als undurchführbar erweisen.

Das möchte Herr Schwabe aber nicht wahrhaben und schon gar nicht seine Leser wissen lassen. Darum jammert er über Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Taktik der Weitereroberung darüber, daß die Konsequenz der maritim-kolonialen Besitzvergrößerung „allein... nur die wenigsten Professoren... zogen. Für die meisten ihrer Kollegen traten angesichts der Abschnürung des Reichs von allen überseeischen Gebieten kontinental-europäische Expansionspläne in den Vordergrund.“ Indem er antagonistische Gegensätze konstruiert zwischen den sogenannten Annexionalisten und den Gemäßigten oder Liberalen, versucht er die wahren Gegensätze zu vertuschen.

Bonner Geschichtsfälschung beginnt in den Schulbüchern

„Hitler war der größte Leiter der Soldaten. Er sorgte für seine Arbeiter, denn er holte Brot und was zu trinken für sein Volk, vor allem im Krieg. Er hat immer für Essen und Ordnung gesorgt. Hitler war ein guter und getreuer Mann.“ Dies ist das Geschichtsbild eines elfjährigen Mädchens aus Kassel über Hitler, enthalten in einem Geschichtsaufsatz, den Waltraut Kueppers in ihrem jetzt im Ernst-Klett-Verlag Stuttgart erschienenen Buch „Zur Psychologie des Geschichtsunterrichts“ zitiert.

Waltraut Kueppers hat in ihrer Analyse über das Geschichtswissen der westdeutschen Jugend, die erschreckende Beispiele von Unwissenheit über die Verbrechen des Hitlerfaschismus ans Tageslicht gebracht, Gespräche in 16 Volks-, Mittel- und Hochschulklassen zugrunde gelegt und 1261 Bogen mit je 50 Fragen ausgewertet. Von je drei schriftlichen Arbeiten von Schülerinnen und Schülern aus dem sechsten Schuljahr der Volksschule sprechen sich zwei positiv über Hitler aus. Namen von deutschen oder ausländischen Widerstandskämpfern gegen das Hitlerregime wurden in fast keinem der Aufsätze genannt.

„Mythos des Kriegers in Stahlgewittern“

„Das Werk gilt als das klassische Zeugnis des ersten Weltkrieges, an dem sich der letzte Mythos des europäischen Geistes, nämlich des Kriegers in Stahlgewittern gebildet hat.“ Mit derartigen Sätzen preist der Stuttgarter Ernst-Klett-Verlag seine Neuauflage von Ernst Jüngers „In Stahlgewittern“ an, als „denkmal höchsten Mannesbewußtseins“ im „sagenumwobenen ruhmbelegten Bereich des Einzelkämpfers“. Jünger spricht immer wieder von jenem Hohegefühl, das ihn bei Zweikämpfen im feindlichen Schützengraben überkam, wenn er das Schwarze Auge des Gegners sah. „Diesen Mörder-Mythos versucht der westdeutsche Verlag heute, nach dem unermeßlichen Leid zweier Weltkriege, dem Bundesbürger und vor allem der westdeutschen Jugend als Leitbild zu verkaufen.“

Österreichische Studentenschaft verurteilt Neofaschismus - Neonazistische Studenten verließen den Saal

Zu einer Auseinandersetzung zwischen Vertretern des neonazistischen „Rings freierlicher Studenten“ (RFS) und den übrigen Studentenvertretern kam es in der letzten Sitzung des Zentralausschusses der österreichischen Hochschülerenschaft. Als die „Sozialistischen Studenten“ und andere eine Resolution einbrachten, in der sie sich zur demokratischen Republik bekannten und scharf alle neofaschistischen Aktivitäten der letzten Zeit in Österreich verurteilten, verließen die RFS-Leute unter Protest geschlossen den Saal. Danach wurde die Resolution einstimmig angenommen.

Die Wiener Staatsanwaltschaft hat jetzt gegen fünf Jugendliche, die sich in Untersuchungshaft befinden, Anklage wegen Verdachts neofaschistischer Umtriebe erhoben. Die Jugendlichen, meist „deutschvölkische“ Burschenschaftler, werden verdächtigt, an den Provokationen vor dem österreichischen Parlament im vergangenen Jahr beteiligt gewesen zu sein. Am 23. November 1961 hatten Faschisten nachts das Parlamentsgebäude vom Auto aus beschossen. Sie hinterließen ein Plakat mit der Aufschrift „Die deutschen Burschenschaften werden kämpfen“ und einer Schleiße in den Farben der westdeutschen Bundesrepublik.

„So stehen sich heute zwei deutsche Staaten auf deutschem Boden feindlich gegenüber, jeder von ihnen verkörpert ein anderes Deutschland, grundsätzlich verschiedene deutsche Traditionen.“

(Aus dem Dokument des Nationalrats) Zur politischen Haltung der deutschen Professoren im ersten Weltkrieg“ so ist ein Artikel von Klaus Schwabe überschrieben, der kürzlich in der in Westdeutschland erscheinenden „Historischen Zeitschrift“ abgedruckt wurde (Band 193, Heft 3). Es sei gleich vorweggenommen: die Seite eines Gerhard Ritter, der schon seit Jahren den deutschen Militarismus zu rehabilitieren versucht und die Ziele des westdeutschen Monopolkapitals zu rechtfertigen sich bemüht. Jene „Historiker“ tun das, weil sie im Dienste dieser Verderber der deutschen Nation stehen, deren Pläne wiederholt scheiterten. Für einen neuen Föhnsturm aber braucht man Menschen, die nicht die Niederlagen sehen, sondern das, was an ihnen fehlt konstruiert“ war: das heißt, man braucht Soldaten, die im Interesse des Monopolkapitals und seiner Generale die „Lehren aus der Geschichte“ ziehen. Da solche „Lehren“ der historischen Wahrheit widersprechen, muß man die Geschichte fälschen, indem man die fortschrittlichen Traditionen verschweigt und die antinationalen Traditionen anknüpft.

Die Wissenschaft, die in der DDR betrieben wird, setzt die guten Traditionen fort, zum sagt, daß sie durch eine „große schöpferische Arbeit“ an allen Gebieten der Ideologie“ den Menschen bewußt werden müssen, um ihr Handeln danach bestimmen zu können. Es sind die Traditionen des deutschen Volkes, darin liegt die Stärke, darin liegt die Kraft, mit der wir den Kriegstreibern das Recht nehmen, in Deutschland Geschichte zu machen.

Schwabe gehört zu denen, die die Geschichte mystifizieren und fälschen. Was sagt er nämlich zum Beginn des ersten Weltkrieges?

und Militarismus, wenn er zusammenfassend feststellen muß:

„Es mußten die deutschen Professoren am Ende des Krieges erkennen, daß sie mit der politischen Aufgabe, die sie sich zu Kriegsbeginn gestellt hatten, in jeder Hinsicht gescheitert waren. Es war ihnen nicht gelungen, einen überparteilichen Standpunkt zu wahren; es war ihnen ebenso mißglückt, ihre jeweilige Konzeption der Weltkriegspolitik ihrem Volke nahezubringen und glaubhaft zu machen. Dr. Seeburg mußte sich von einem Arbeitervertreter Mitte Oktober 1918 sagen lassen, der hohen Worte seien jetzt genug gefallen, die Professoren täten besser, wenn sie sich um eine gerechte Lebensmittellieferung kümmern. Wenig später mußten dieselben Gelehrten hilflos mit ansehen, wie gleichzeitig mit der militärischen Niederlage Deutschlands auch seine innere Front zusammenbrach, zu deren Erhaltung sie sich 1914 geistig mobilgemacht hatten.“ (Seite 623.)

Ein interessantes Eingeständnis. Ja, die Lakaien des Monopolkapitals waren ebensowenig wie jenes selbst in der Lage, die Niederlage zu verhindern. Die revolutionäre Nachkriegsperiode bewies eindeutig den Antagonismus zwischen den Imperialisten und der Masse des Volkes.

„Daß ihre (der Professoren - N. Z.) Gedanken schließlich Theorie blieben und nicht an der politischen Wirklichkeit erprobt werden konnten, dieser Umstand war auf Faktoren zurückzuführen, die außerhalb der Reichweite ihres Einflusses lagen.“ (Seite 624.)

Dieser Meinung schließen wir uns vorbehaltlos an. Ein Volk läßt sich auf die Dauer nicht inochen, wenn es aus zeitweiser dem Imperialismus gelingt, Teile von ihm zu verdammen. Schwabe verherrlicht die Mission derjenigen Professoren, die an der Seite der Militaristen Niederlage auf Niederlage erlitten. Das ist ihre Tradition, an diese knüpfen sie an.“

1) Vgl. den Artikel in der „Zeitschrift für Geschichtswissenschaft“ 1/1962 von Nikolaev, Versuche zur Rehabilitierung des deutschen Militarismus in der modernen westdeutschen Historiographie.

Norbert Ziegenhagen
Universitätszeitung, Nr. 15, 12. 4. 1962, S. 5